

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952 1951

9 (8.9.1951)

BADNERLAND



HEIMATZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN

Nr. 9

KARLSRUHE, 8. September 1951

Einzelpreis 10 Pf.

Es schreit zum Himmel!

Eine geheime Denkschrift aus Württemberg — Man will badischen Betrieben Aufträge wegnehmen

Das badische Volk weiß schon ganz genau, warum es sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine von den Südweststaatlern gewaltsam angestrebte Zusammenlegung der Länder Baden und Württemberg unter vollkommener Außerachtlassung der demokratischen Spielregeln wehrt. Je näher die Abstimmung kommt, desto frecher und verlogener werden die Zweckmeldungen, die von Stuttgart aus in die Welt gesetzt

werden, aber Badens Bevölkerung läßt sich durch keinerlei falsche Versprechungen betören. Was man in Stuttgart in einem geplanten Südweststaat will, das ist dem nüchtern Denkenden hinreichend bekannt, nämlich alle politische Macht in Stuttgart über den Südwestraum zu vereinen und besonders auch in Industrie und Wirtschaft die Fäden in die Hand zu bekommen. Diese Tatsache kann durch nichts verschleiert werden.

sachenbedarf der damaligen Reichsbahn zu decken.

In zynischer Weise wird also Baden vorgehalten, daß durch einen größeren Einzug von Belegschaftsmitgliedern zum Kriegsdienst die Produktionskraft in den badischen Druckereien zurückgegangen sei, und nun möchte Württemberg dafür belohnt werden, daß es damals für die badischen Druckereien einspringen mußte. Man jammert über die Auftragsabwanderung, die ungerecht und unzweckmäßig sei, und erklärt in dieser Denkschrift in einer großen, fetten Überschrift wörtlich klipp und klar: „Wenn schon Zusammenlegung — dann Stuttgart als Druckdirektion.“

Kann man denn unverhohlener und klarer seine egoistische Gesinnung zum Ausdruck bringen als in dieser Form? Die Herren Südweststaatspropagandisten wollen uns immer klar machen, welche große Vorteile die Zusammenlegung beider Länder für die Bevölkerung habe.

Wie kann es auch anders bei der Einstellung der Württemberger sein, die nur dann eine Zusammenlegung wünschen, wenn für das Land Württemberg keine Benachteiligung entsteht. Da gibt es noch Unbelehrbare im Badnerland, die sich von einem etwaigen Südweststaat Vorteile erhoffen und sie merken noch nicht einmal, daß politische Drahtzieher am Werk sind, die aus parteiegoistischen Gründen diesen Südweststaat herbeisehnen.

Die ungeschminkte Einstellung württembergischer Wirtschaftskreise gegenüber Baden sieht — wir zitieren wörtlich die Denkschrift — folgendermaßen aus:

„Sollte die DB jedoch aus zwingenden Gründen doch zu der Entscheidung gelangen,

eine der beiden Vergebungsstellen aufzulösen und im württemberg-badischen Raum nur eine Vergebungsstelle beizubehalten, so geht der vorliegende Antrag dahin, daß dies auf alle Fälle Stuttgart sein soll. Im Landesbezirk Württemberg und nicht im Lbz. Baden liegt die große Kapazität des graphischen Gewerbes; hier liegen die unzähligen und jahrzehntelangen geschäftlichen Beziehungen der Bundesbahn zu ihren Druckereien. Es besteht kein zwingender Grund dazu, den Zustand, wie er zum Nutzen der Bundesbahn und in voller Berücksichtigung der württembergischen Druckkapazität bis zum Jahr 1938 bestand, abzuändern und durch eine andere Entscheidung eine Regierung zu sanktionieren, die im Dritten Reich nicht etwa aus sachlichen, sondern ausschließlich aus persönlichen und politischen Gründen, wahrscheinlich sogar im Widerspruch zu den betrieblichen Notwendigkeiten der Deutschen Bundesbahn erfolgt ist. Es wäre auch nicht zu vertreten, die Vergebungsstelle für den württ.-badischen Raum in eine Stadt zu legen, die abseits des eigentlichen graphischen Industrie-Zentrums gelegen ist; es wäre auch nicht zu vertreten, in dieser Frage die sehr wirksame und förderliche Einstellung des früheren Landes Württemberg gegenüber der DB durch Verlegung der Vergebungsstelle nach Karlsruhe unberücksichtigt zu lassen. Schließlich hat sich gezeigt — sowohl in den letzten Jahren des Krieges wie insbesondere auch in den Nachkriegsjahren —, daß die Liefermöglichkeiten des Lbz. Württemberg sowohl auf dem Gebiet des Drucks wie der Papierversorgung außerordentlich krisenfest und zuverlässig sind, was keinesfalls eine Kritik, sondern ausschließlich als Feststellung hier zum Ausdruck gebracht sei.“

Unterzeichnet ist diese interessante Denkschrift, die vielleicht doch noch manchen Südweststaatanhängern, die bei einer Zusammenlegung beider Länder von wirtschaftlichen Vorteilen träumen, die Augen öffnen dürften, von den Bezirksvereinigungen Stuttgart, Ulm, Heilbronn im Verband der graphischen Betriebe Württemberg-Baden.

Was sagt die Handelskammer Karlsruhe dazu?

Es bleibt nur noch die Frage zu stellen, wie sich die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe zu einer derartigen Denkschrift stellt. Die Beantwortung dieser Frage interessiert die badische Bevölkerung sehr stark, zumal gerade die maßgebenden Männer der Karlsruher Industrie- und Handelskammer immer wieder von den wirtschaftlichen Vorteilen einer Zusammenlegung der Länder Baden und Württemberg zu erzählen wissen.

Man hat die Lieferungen der Polizeiuniformen und Ausrüstungen in dem „kleinen Südweststaat“, dem künstlichen Gebilde Württemberg-Baden, den badischen Firmen weggenommen und nach Württemberg vergeben, man hat Druckarbeiten badischer Staatsstellen im Landesbezirk Nordbaden württembergischen Firmen gegeben, und so wird es bei der „Uneigennützigkeit“ der Württemberger in einem Südweststaat schrankenlos weitergehen; denn dann haben wir ja eine „neue gemeinsame Heimat“, die sich Südweststaat nennt und die ihre Zentrale in Stuttgart hat.

Was sagen die Arbeiter der badischen Druckereibetriebe dazu, wenn sie durch solche Machenschaften der Südweststaatlern arbeitslos werden? Wir können allen Badenern nur die Mahnung geben: „Augen auf bei der Abstimmung über Euer Schicksal.“

Eine skandalöse Denkschrift

Vor uns liegt die Fotokopie einer Denkschrift der Druckereien Württembergs, die als Manuskript in 50 Exemplaren bei I. Ebner, Ulm/Donau, gedruckt wurde, ausschließlich für die durch den Inhalt berührten Behörden und Persönlichkeiten bestimmt und zur Kontrolle mit Kennzeichnungsnummer versehen ist. Man fragt sich unwillkürlich, warum diese Geheimniskrämeri, aber wenn man den Inhalt mit Stutzen und Empörung liest, dann ist der geheime Charakter dieser für die schwäbische Südweststaatsmentalität außerordentlich aufschlußreichen Denkschrift verständlich. Man fordert in dieser geheimen Denkschrift nichts mehr und nichts weniger

als die Stilllegung der Druck-sachenstelle bei der Eisenbahndirektion Karlsruhe und will für den gesamten südwestdeutschen Bedarfraum eine Drucksachenstelle bei der Eisenbahndirektion Stuttgart als Ersatz für Karlsruhe setzen. Diese Forderung der württembergischen Druckereien ist klar und eindeutig und man staunt nur darüber, mit welcher Unverschämtheit in der Begründung dieser Forderung erklärt wird, daß die württembergischen Druckereien zuverlässiger und leistungsfähiger seien als die badischen Druckereien.

Wenn schon Zusammenlegung — dann Stuttgart als Druckdirektion

In der 7 Seiten umfassenden Denkschrift mit einer Anlage heißt es u. a. wörtlich:

„Schon in der zweiten Hälfte des zweiten Weltkrieges zeigte sich, daß ohne die württembergische Druckkapazität ganz einfach nicht auszukommen war; die württembergischen Drucker vermochten in starker Anlehnung an die württembergische und bayrische Papierindustrie und im Blick auf ihre hochentwickelten Produktionsanlagen den kriegswichtigen Drucksachenbedarf der da-

möglichen Reichsbahn mit größerer Sicherheit und Zuverlässigkeit zu decken, wie dies ihren badischen Kollegen möglich war, die durch einen wesentlich stärkeren Abzug von Belegschaftsmitgliedern zum Kriegsdienst stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden. Trotzdem damals also Karlsruhe die eigentlich zuständige Drucksachendirektion und die Stuttgarter Direktion gewissermaßen ausgeschaltet war, blieb es den württembergischen Druckereien vorbehalten, in den schweren letzten Kriegsjahren den lebenswichtigen Druck-

Amtliche Beeinflussung der Abstimmung?

Ein Brief des Pforzheimer Landrates an die Bürgermeister

Daß wir Badener verschiedenen Landräten in Nordbaden scharf auf die Finger sehen müssen, dafür erbringen wir hiermit einen neuen Beweis! Der Landrat in Pforzheim, Richard Dissinger, hielt es vor kurzem für geboten, an sämtliche Bürgermeister seines Landkreises ein Rundschreiben folgenden Inhalts zu richten:

Dipl.-Volksw. Ewald Steinle, wird sich zur Besprechung von Einzelheiten in den nächsten Tagen mit Ihnen in Verbindung setzen.

Hochachtungsvoll
(gez.) Dissinger

So wird es also gemacht:

Man ist im Landkreis Pforzheim mit Recht sehr entrüstet über dieses Schreiben, denn es ist ein, meines Erachtens, Musterbeispiel einer unzulässigen Beeinflussung! Der Absender ist eine Amtsperson von hohem Rang. Und die Empfänger erhielten diese Zuschrift sicher nur deshalb, weil sie Bürgermeister sind. Warum hat man denn von der „Vereinigung Südwest“ im Landkreis Pforzheim aus den Landrat überhaupt eingeschaltet? Das geschah doch wohl nur deshalb, um die Bürgermeister unter einen gewissen Druck von oben her zu setzen, oder nicht? Zum Inhalt des Rundschreibens selbst brauchen wir nicht viel zu sagen, er ist eindeutig genug! Kraft dieses Schreibens und mit Hilfe aller Bürgermeister soll der Landkreis Pforzheim bei der Stimmabgabe für Groß-Württemberg an der Spitze stehen. Für dieses Ziel macht Herr Dissinger als Landrat seinen Einfluß geltend.

Wir Badener verbitten uns mit allem Ernst ein derartiges einseitiges Verhalten. Herr Dissinger brüstet sich gerne damit, daß er parteipolitisch neutral wäre, als ob dies für ihn

eine besondere Empfehlung sein könnte. Hier aber entpuppt sich Herr Dissinger als scharfer Anhänger und Parteilanger Groß-Württemberg! Ist das etwa neutral! Wird damit nicht in recht übler Weise einseitig Partei ergriffen? Nun wir sind im Bilde. Wir Badener werden uns das merken. Und Herr Dissinger soll wissen: Wir Badener behalten uns alle Schritte vor. Und wir werden die Weiterentwicklung im Landkreis Pforzheim aufs sorgfältigste beobachten.

Das ist aber noch nicht alles. In Eilmeldungen hatte der Bürgermeister für die Südwest-Versammlung niemand eingeladen. Deswegen erhob ein Stadtrat aus Pforzheim (etwa gar im Auftrag des Landrats Dissinger?) bittere Vorwürfe gegen den Bürgermeister Drollinger. Aber nicht nur das, der Südwest-Redner bedeutete dem Bürgermeister, er müsse als auf den Südweststaat vereidigter Bürgermeister alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit mindestens alle amtlichen Personen für den Südweststaat stimmen. Nun ja, wie wir von unserem Gewährsmann hören, hat Herr Krieg — und damit auf alle Fälle auch der Herr Landrat — die gebührende Antwort erhalten. Im übrigen werden diese Vorgänge weit über Badens Grenzen hinaus in politischen Kreisen Deutschlands Aufsehen erregen. Und wir gehen wohl kaum fehl in der Annahme, daß Herr Landrat Dissinger mit seinen schwäbisch gesinnten Freunden dem Südweststaat letzten Endes einen Bärendienst erwiesen hat.

A. K.

Warum stimmt der Heimatvertriebene für Baden?

30 Millionen DM stehen in Gesamtbaden zur Verfügung

Die Heimatvertriebenen haben, nur weil sie deutschen Stammes sind, durch das völkerrechtswidrige Verbrechen von Jalta und Potsdam das schwerste Schicksal aller Deutschen auf sich nehmen müssen. Sie haben nicht nur Haus und Hof und Hab und Gut verloren, sie sind von ihrem Heimatboden, auf dem ihre Geschlechterfolge oft viele Jahrhunderte ansässig waren, vertrieben worden.

Etwa 400 000 dieser deutschen Brüder und

Schwester haben in Nord- und Südbaden, also im alten Badener Land, ihre zweite Heimat gefunden. Eine Anzahl davon konnte in der Zwischenzeit menschenwürdig in das Leben der neuen Heimat eingegliedert werden; eine Vielzahl vegetiert noch dahin. Es ist deshalb die Pflicht aller Gutwilligen, durch äußerste Anstrengungen diesen unverschuldet in Not befindlichen Deutschen ihr Dasein wieder lebenswert zu machen.

Durch den unglückseligen und unnötigen Beschluß des LVD Nordbaden können die Spannungen zwischen den Neubürgern und den alteingesessenen Badenern, die auch in einem Südweststaat auf der badischen Scholle bleiben, nur verewigt werden. Man denke daran, daß die badischen Altbürger später den in Baden ansässigen Heimatvertriebenen den Vorwurf machen könnten, daß sie, die Heimatvertriebenen, den Ausschlag für die Errichtung eines Südweststaates gegeben hätten und damit schuld daran wären, daß den Badenern ihr altes Land im staatspolitischen Sinne verloren gegangen wäre. Wir meinen, daß gerade die Heimatvertriebenen für solche Empfindungen Verständnis aufbringen müßten, nachdem sie selbst um alles gebracht wurden. Natürlich wiegt das Schicksal der Heimatvertriebenen gegenüber der badischen Bevölkerung in einem Südweststaat schwerer. Den Badenern verbleibt die Scholle auf jeden Fall, aber die Badener wollen nicht nur den Mutterboden, sondern auch ihren alten Hei-

matstaat Baden wieder hergestellt haben. Es scheint allen gutgesinnten Badenern unvorstellbar, daß die badischen Neubürger hierbei den Badenern in den Arm fallen wollen, was zwangsläufig zu einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Alt- und Neubürgern in Baden führen müßte.

Deshalb rufen wir Badener allen in Nord- und Südbaden ansässigen Neubürgern als Parole für die Abstimmung zu: Lehnt die Errichtung des Südweststaates ab, weil ihr ihn weder aus wirtschaftlichen noch aus heimatpolitischen Gründen braucht. Schlagt in unsere kameradschaftlich gebotene Hand ein, damit wir gemeinsam Euer Schicksal schnell und großartig wenden.

Stimmt deshalb bei der Volksabstimmung im wohlverstandenen eigenen Interesse und im Streben nach einer aufrichtigen Verständigung zwischen Neu- und Altbürgern für die Wiederherstellung Badens!

Ein umfassender Plan für die Heimatvertriebenen

Die badische Regierung, die die alte badische Tradition wahr, hat sich nach Überwindung von Widerständen, die sie nicht zu verantworten hatte, bemüht, das Los der Heimatvertriebenen in Südbaden zu verbessern. Natürlich hat sie sich auch mit der Frage zu beschäftigen, in welcher Weise den Heimatvertriebenen in Nord- und Südbaden geholfen werden kann, wenn die Volksabstimmung die Wiederherstellung der alten Länder ergibt. Hierfür ist ein umfassender Plan aufgestellt worden, den wir in Nr. 1 unserer Heimatzeitung „Badnerland“ veröffentlicht. Bei der großen Not der Heimatvertriebenen ist jeder Punkt dieses Programms wichtig. Von entscheidender Bedeutung ist die dort erstmalig öffentlich festgelegte „Binnenumsiedlung“, durch die Heimatvertriebenen, die erst einmal in ländlichen Notstandsgebieten untergebracht wurden, sinnvoll umgesiedelt werden sollen, wodurch sie gleichzeitig zu Arbeit, Verdienst und Wohnung kommen. Es sollen also an Industrieschwerpunkten Betriebe aus- und aufgebaut und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Wohnungsbaumittel sollen nicht verzettelt werden, sondern in erster Linie zum intensiven Wohnung- und Siedlungsbau in der Nähe der neuen Arbeitsplätze eingesetzt werden. Dar-

über hinaus hat gerade Südbaden schon bisher durch zentrale Beschaffung von Möbeln und Hausrat der Not der Neubürger gesteuert. Dieser wichtige Programmpunkt soll verstärkt fortgesetzt werden.

Die Arbeitsvermittlung soll einschließlich der Wiederbeschäftigung nach dem Bundesgesetz zu Art. 131 (Beamte usw.) durch Einrichtung von Sonderreferaten für Heimatvertriebene an den Schwerpunkten verstärkt werden. Schon diese Hinweise zeigen, daß das Programm groß und vielfältig ist. Die überparteiliche und überkonfessionelle Organisation der Badener nimmt für sich das Primat dieses großzügigen Planes in Anspruch, der in der Schaffung eines zentralen Staatskommissariats für alle Heimatvertriebenenfragen seine Krönung findet. Hiergegen wirkt der spätere Beschluß im württembergisch-badischen Landtag dürrig, wonach die Stuttgarter Regierung „prüfen“ soll, ob auch in einem etwaigen Südweststaat ein Staatssekretariat für Flüchtlingsfragen einzurichten ist. Auch die Erklärung des Präsidenten des Landesbezirks Baden an den LVD Nordbaden ist im Vergleich zu dem badischen Plan nur als unzureichend zu bezeichnen, ganz abgesehen davon, daß sie einige Anleihen aus dem badischen Plan genommen hat.

Abschluß der Entnazifizierung in Südbaden

Annahme des Entnazifizierungsschlußgesetzes durch den Landtag in Freiburg

Der südbadische Landtag hat die Regierungsvorlage über die Vereinfachung der politischen Säuberung in erster Lesung angenommen. In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß das Entnazifizierungsgesetz endgültig vom Landtag verabschiedet werden wird.

Um ein Bild über die Wirkung des Gesetzes zu erhalten, sei vorausgeschickt, daß nach dem Stand vom 31. 7. 1951 in Südbaden 105 034 Fälle nach Inkrafttreten der Landesverordnung für die politische Säuberung erledigt wurden. Hierbei wurden nur 5 Personen in die Gruppe der „Hauptschuldigen“ und 257 Personen in die Gruppe der „Schuldigen“ eingereiht. Neben den „Mittläufern“ machte die Gruppe der „Minderbelasteten“ mit 10 955 Personen den Hauptteil der Betroffenen aus. Praktisch wird nun für diese Gruppe eine Generalamnestie verkündet. Ferner wird, wie wir von zuständiger Seite erfahren, z. Z. vom Staatskommissariat ein Vorschlag ausgearbeitet,

Interesse der Bevölkerung noch für notwendig gehalten, um einmal die noch gewünschten Revisionsverfahren schnell durchführen und zum andern Male Unterlagen, die z. B. für Auslandsreisen o. ä. benötigt werden, schnell und sachkundig ausstellen zu können. Es wäre gut, wenn diese Restgründe möglichst schnell bedeutungslos würden, damit das volkspaltende Trauerspiel der Entnazifizierung endgültig zu Ende ist, wofür die badische Regierung einen entscheidenden Schritt vorwärts getan hat, was anzuerkennen ist. Es besteht kein Zweifel, daß diese günstige Regelung ohne Verzug auf Gesamtbaden ausgedehnt wird, sobald Nord- und Südbaden nach der Abstimmung wieder zum alten Heimatland Baden zusammengeführt sein werden.

„Ihr naht Euch wieder . . .“

In letzter Zeit erreigte ein als Südweststaatspropagandist bekannter Mann peinliches Aufsehen. Wir meinen den als verlossenen badischen Landesbezirkspräsidenten und ehemaligen württemberg-badischen Finanzminister bekannten Dr. Edmund Kaufmann. Dieser Mann, der seine Liebe zur badischen Heimat besonders während seiner Tätigkeit als Landesbezirkspräsident in nicht gerade überzeugender Weise unter Beweis stellte, hat geglaubt, die Richtigkeit der von Bundesfinanzminister Dr. Schäfer anlässlich der Karlsruher Föderalistentagung getroffenen Feststellung, wonach die Behauptung vom billigen Südweststaat leeres Geschwätz sei, anzweifeln zu müssen. Wir halten es zwar für völlig überflüssig, uns mit den Zweifeln des Herrn Kaufmann auseinanderzusetzen; denn es kann gar keine Frage sein, daß das Urteil des Bundesfinanzministers, daß der Südweststaat keine Verminderung des Verwaltungsaufwandes bringt, für jeden objektiven Menschen jedenfalls mehr Gewicht hat als das des verlossenen Finanzministers Dr. Kaufmann. Wenn wir uns trotzdem kurz mit der Person des Herrn Kaufmann auseinandersetzen, so verfolgt dies nur den Zweck, zu zeigen, was von dem „Brustton der Überzeugung“ zu halten ist, mit dem Dr. Kaufmann seine Parolen für den Südweststaat kolportiert. Hierzu genügt zunächst nur eine kleine Reminiszenz.

Als Dr. Kaufmann im Januar dieses Jahres dank der freundlichen Fürsorge seiner sozialdemokratischen und demokratischen Südweststaatsfreunde und zu seiner eigenen Überraschung als Finanzminister und Landesbezirkspräsident gestürzt worden war, zögerte er nicht, seinem Unmut über die Unzuverlässigkeit der Südweststaatler, die ihm seine Waffenhilfe mit schönem Undank gelohnt hatten, in recht temperamentvoller Weise Ausdruck zu geben. Ja, er versicherte sogar jedem, der es hören wollte, daß er sich keinen Deut mehr um den Südweststaat kümmern werde, er habe die Nase voll. Wie sehr sich Dr. Kaufmann bei seiner Einstellung von persönlichen Motiven leiten zu lassen pflegt, ergibt sich auch aus einer uns vorliegenden, von ihm stammenden schriftlichen Äußerung. Nach dieser Äußerung hat Dr. Kaufmann nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerrat den Austritt aus der CDU angedroht, als er glaubte, von seinen Parteifreunden in seinen Bemühungen um eine neue ertragreiche Beschäftigung nicht genügend unterstützt werden zu sein. Wir wollen vorläufig nicht deutlicher werden.

Stuttgarter Regierung eine Enttäuschung

Der LVD Nordbaden unter autoritärer Leitung des württembergisch-badischen Regierungsrates Dr. Bartunek hatte schon bei der Volksbefragung eine einseitige Parole für den Südweststaat herausgegeben. Damals war erklärt worden, aus wirtschaftlichen und heimatpolitischen Gründen für den Südweststaat zu stimmen. Schon damals ist diesen falschen Parolen nur teilweise gefolgt worden. In der Zwischenzeit haben aber die in Nordbaden ansässigen Heimatvertriebenen noch mehr kennen gelernt, was wirklich in der langen Zwischenzeit für die Wendung ihres Schicksals von Stuttgart aus getan worden ist. Hierüber herrscht bekanntlich nur eine Stimme der Enttäuschung. Da der Südweststaat, oder besser gesagt Großwürtemberg, etwa von den gleichen Kräften regiert werden würde, wie das jetzige Württemberg-Baden, ist jeder Zweifel berechtigt, daß der Süd-

weststaat den Heimatvertriebenen etwa freundlicher gesinnt wäre, als der Landtag von Württemberg-Baden, der eine ganze Reihe vernünftiger, für die Heimatvertriebenen günstiger Anträge abgelehnt hat. Es gibt deshalb besorgte Stimmen aus den Kreisen der Heimatvertriebenen, die eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Regelung der Heimatvertriebenenfragen erwarten, wenn der Südweststaat in der Volksabstimmung durchkäme, also dann, wenn die Stuttgarter Regierung die Stimmen der Heimatvertriebenen für die Errichtung des Südweststaates nicht mehr braucht.

Gänzlich unverständlich ist, daß der Bartunek-Verband — wenn auch nicht einmütig — nunmehr sich wieder zu den falschen Parolen der Volksbefragung bekannt hat.

Wo bleibt Deine Spende für die Heimat?

Der Arbeitsgemeinschaft der Badener stehen zur Wiederherstellung Badens nicht die Mittel zur Verfügung, wie den von den Regierungsstellen des „Kleinen Südweststaates“ unterstützten Südweststaatspropagandisten. Darum spende, daß Deine Heimat in ihrer Selbständigkeit erhalten wird und nicht auf der Landkarte verschwindet.

Spenden für die Landesgruppe Oberbaden sind zu richten an die Arbeitsgemeinschaft der Badener Freiburg, Postcheckkonto 7373 Freiburg, oder an die Hauptgeschäftsstelle des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft der Badener Karlsruhe, Postcheckkonto Karlsruhe 35 166.

der eine fast vollständige Amnestie der Südnazis anstrebt.

Erfreulich weit geht das Gesetz darin, daß auch Hauptschuldige und Schuldige, deren Einstufung lediglich „auf Grund einer gesetzlichen Vermutung“ erfolgt ist, in eine niedrigere Gruppe eingestuft werden können. Praktisch bedeutet dies eine Generalamnestie für diese Kategorien und damit für die ganze Entnazifizierung. Da man z. Z. in den meisten Fällen „auf Grund einer gesetzlichen Vermutung“ entschied, öffnet sich jetzt die Möglichkeit zur Revision dieser Fälle von Hauptschuldigen und Schuldigen. Werden diese „Betroffenen“ nunmehr in die nächst niedrigere — also in die Gruppe der Minderbelasteten — eingereiht, so kommen sie automatisch in den Genuß der für diese Gruppe geltenden neuen Bestimmungen, d. h. sie sind frei und ledig, ja sogar wählbar, da auch diese Klausel im Landtag durchgehen dürfte. Praktisch wird mit diesem Gesetz die Entnazifizierung in Südbaden beendet und der langersehnte Schlußstrich gezogen.

Die Entnazifizierungsbehörden sollen auf das äußerste Mindestmaß an Personal herabgesetzt werden. Ein kleiner Apparat wird im

Baden ist eine Verbesserung für die Heimatvertriebenen

Wir stellen fest, daß kein Heimatvertriebener „aus wirtschaftlichen und heimatpolitischen Gründen“ für den Südweststaat zu stimmen braucht. Jeder Heimatvertriebene wird ohne weiteres selbst erkennen, daß die Fragen der Heimatvertriebenen intensiver gefördert werden können, wenn sich zwei selbständige deutsche Bundesländer, nämlich Württemberg und Baden, für ihre Neubürger mit der Wendung des unverdienten Schicksals der Heimatvertriebenen befassen. Die in den Ländern Württemberg und Baden aufkommenden Finanzierungsmittel für alle Staatsaufgaben sind in den beiden alten Ländern genau so groß, wie in einem etwaigen Südweststaat. Daß die öffentliche Verwaltung eines Südweststaates gegenüber den wiederhergestellten Ländern Württemberg und Baden nicht billiger ist, hat der sachverständige Bundesfinanzminister eindeutig erklärt. In Baden ist man entschlossen, das Schicksal der Heimatvertriebenen unter Einschaltung weitestest Selbst-

verwaltung unter dem Schutz und mit den Finanzmitteln des Landes entschieden zu wenden. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind 30 Mill. DM nötig, welche die badische Regierung nach der Wiederherstellung des Landes beschaffen wird.

Was nun die heimatpolitischen Gründe angeht, aus denen Regierungsrat Dr. Bartunek die Stimmabgabe für den Südweststaat empfiehlt, so muß ganz deutlich erklärt werden, daß es sich hierbei nur um eine unrichtige und unsachliche Stimmungsmache handelt. Weder der Südweststaat noch die wiederhergestellten Länder sind im Stande, die internationale Frage der Heimkehr der Vertriebenen in die alte Heimat aus sich heraus zu lösen. Ein Südweststaat ist ebenso wenig „ein Großraum“ von internationaler Geltung wie die Länder Württemberg oder Baden. Hier wird von der Gegenseite offensichtlich das gute deutsche Gefühl der deutschbewußten Heimatvertriebenen mißbraucht.

Unwahre Parolen der Südweststaatler

Kein einziger Heimatvertriebener kommt deshalb einen Tag früher in die alte Heimat, wenn ein Südweststaat gebildet wird. Entscheidend ist und bleibt hierüber eine internationale Regelung! Wir verwahren uns deshalb gegen die Wiederholung so übler und unwahrer Parolen wie:

„Wer für den Südweststaat stimmt, sichert die Heimkehr in die alte Heimat!“ Die Heimatvertriebenen sind nicht so dumm, daß sie die Unaufrichtigkeit dieser Parole nicht erkennen!

Es ist uns ja bekannt, daß der LVD Nordbaden zahlenmäßig eine rückläufige Bewegung hat. Hingegen erhalten die Kulturorganisationen der Heimatvertriebenen, die Landsmannschaften, ein immer stärkeres Gewicht, so daß sie bereits zum gleichwertigen Verhandlungspartner des ZVD geworden

sind. Die stärkste Landsmannschaft der Heimatvertriebenen ist im nordbadischen Raum die Sudetendeutsche Landsmannschaft; deren Landesbezirksvorstand Nordbaden hat für die Volksabstimmung einen eindeutigen Neutralitätspunkt bezogen. Es wäre für das künftige Zusammenleben zwischen Heimatvertriebenen und einheimischer Bevölkerung besser gewesen, wenn auch Dr. Bartunek den LVD Nordbaden zu der gleichen vernünftigen Neutralitätspolitik gelenkt hätte. Übrigens erfahren wir, daß der württemberg-badische Regierungsrat Dr. Bartunek gesundheitlich die Karlsruher Luft nicht vertragen kann und deshalb demnächst nach Stuttgart in die Stelle eines Oberregierungsrats (!) überwechseln soll.

Warum wir für Baden eintreten?

Briefwechsel zwischen Landesbischof I. R. D. Wurm und Staatspräsident Wohleb — Wohleb sagt: „Keine Blockbildung gegen Bayern“

In letzter Zeit hat zwischen Landesbischof I. R. D. Wurm, ein Mann von hohem Ansehen im Lande Württemberg, und Staatspräsident Wohleb ein Briefwechsel stattgefunden, der sich mit der kommenden Abstimmung beschäftigt.

Wurm sagt: „Gründung von Baden und Württemberg war gut.“

In dem Brief von Landesbischof I. R. D. Wurm wird begründet, weshalb die Württemberger für den Zusammenschluß der beiden Länder eintreten. Während die Südweststaater die Gründung von Baden vor 150 Jahren in ihrer Propaganda als eine politische Fehlkonstruktion bezeichnen, lesen wir in dem Brief von Landesbischof I. R. D. Wurm vom 14. August 1951 an Staatspräsident Wohleb wörtlich folgendes:

„Niemand bedauert heute, daß vor 150 Jahren infolge der weltpolitischen Ereignisse die Fülle der reichstädtischen, herrschaftlichen und geistlichen Territorien aufgehoben und diese zu den Mittelstaaten Baden und Württemberg zusammengelegt wurden. Sie haben alle die Vorteile eines größeren Staatswesens zu genießen gehabt, den Aufstieg der Wirtschaft mitgemacht und doch

„Baden ist ein lebendiges Staatsgebilde“

Hochverehrter Herr Landesbischof!

Ihre Ausführungen in Ihrem Schreiben vom 14. August, für das ich Ihnen verbindlichst danke, habe ich mit größtem Interesse gelesen. Die mir gestellte Frage beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Das vor 150 Jahren von Napoleon geschaffene Land Baden umschloß Alemannen, Schwaben und Franken. In verhältnismäßig kurzer Zeit lebten sich diese verschiedenen Stämme zu dem badischen Volk zusammen, weil sie ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bewohnten, das vom Rhein und seinem Stromsystem bestimmt wird. Wilhelm Haase, heute deutscher Geschäftsträger in Paris, stellte fest: „Baden ist ein in sich geschlossenes Land. Dieses Land ist nicht nur ein historisches, es ist auch ein lebendiges Staatsgebilde. Mir scheint, in einer Zeit, in der die abendländische Sphäre bedroht ist, täte man gut, jede überlieferte Ordnung aufrechtzuerhalten, die sich bewiesen und bewährt hat.“

In Ihrem Schreiben weisen Sie darauf hin, daß Alemannen und Franken trotz dieses Zusammenlebens ihre Eigenart nicht verloren hätten, und fragen, warum es jetzt anders gehen sollte, wenn „die Zusammenlegung

von ihrer Eigenart nichts eingebüßt.“

Südweststaat gegen Bayern!

In dem interessanten Brief von Landesbischof I. R. D. Wurm, der in sachlicher Form den Standpunkt der Württemberger vertritt, und von Staatspräsident Wohleb um Auskunft über einige Dinge bittet, heißt es dann weiter:

„Das politische Gewicht des Südwestens mit seiner freihetlichen Tradition kann nur stärker werden, wenn dem umfangreichen und für politische Explosionen zugänglicheren Bayern ein ansehnlicher Südweststaat zur Seite steht.“

Es gab Zeiten, wo der Norden nur die Stimme Bayerns als süddeutsche Stimme hörte.“

In dem Antwortbrief von Staatspräsident Wohleb an Landesbischof I. R. D. Wurm vom 1. September 1951 werden noch einmal alle wichtigen Gründe aufgeführt, die die überwiegende Mehrheit des badischen Volkes bestimmen, für die Wiederherstellung des Landes Baden einzutreten. Wir drucken daher den Wortlaut des Briefes von Staatspräsident Wohleb an Landesbischof I. R. D. Wurm im Hinblick auf die Wichtigkeit des Briefwechsels nachfolgend ab:

des politischen Raumes fortschreite“. Darauf ist zunächst zu bemerken, daß Baden eine dezentralisierte Wirtschaft den Rhein entlang hat, also ein Spannungsfeld mit Längsbewegung, während Württemberg eine um das Industriezentrum im Becken von Stuttgart-Cannstatt konzentrisch aufgebaute Wirtschaft mit zentripetaler Dynamik entwickelt hat. Eine Verschmelzung dieser beiden grundverschiedenen Wirtschaftskräfte unter einer notgedrungenen zentralen Steuerung würde in kurzer Zeit der stärkeren Kraft zum Schaden der schwächeren das Übergewicht und die Führung geben. Dieses Bedenken hat mit „Minderwertigkeitsgefühl“, wie Sie vermuten, nichts zu tun. Es handelt sich hier um die Erkenntnis, daß die unbestreitbar stärkere, zentripetal wirkende Dynamik der württembergischen Wirtschaft ihren Charakter der völlig anders gearteten badischen über kurz oder lang in einem Südweststaat aufzwingen würde. Es wäre dies auch insofern kein Novum, als bereits im Dritten Reich, allerdings aus militärischen Erwägungen, Badens Industrie, Handwerk und Handel zugunsten Württembergs schwer beeinträchtigt wurde.

Unser Lebensraum heißt Deutschland

Zwei durchaus verschiedene Wirtschaftsstrukturen können sich aber sehr gut ergänzen und gegenseitig fördern, wenn sie sich in ihren eigenen Räumen ungehemmt entwickeln und ohne Bevormundung durch den stärkeren Partner entfalten dürfen. Wirtschaftlich spricht also gar nichts für eine Verschmelzung Badens mit seinen östlichen Nachbarn; vor allem gilt dies für den Wunsch, den „größeren Lebensraum Südweststaat“ zu schaffen. Der Begriff „größerer Lebensraum“ hat im Dritten Reich eine unselbige Rolle gespielt und sollte heute nicht aus der Versenkung wieder hervorgeholt werden. Unser Lebensraum heißt Deutschland, das nicht in Lebensräume unterteilt zu werden braucht.

Was die politische Seite der Frage betrifft, so kann ich Ihrer Ansicht, mit einem Südweststaat ein politisches Gegengewicht im Süden gegen Bayern zu schaffen, leider nicht beistimmen. Gerade die von Ihnen erwähnte „freihetliche Tradition des Südwestens“ verpflichtet uns, die Träger dieser wertvollen Tradition, nämlich Baden und Württemberg, nicht zu zerschlagen, sondern die in diesen Ländern noch wirksamen aktiven Kräfte echter, gewachsener Lebensgemeinschaften zur Entwicklung und zum Aufbau eines wahren Föderalismus und einer gesunden Demokratie in unserer Bundesrepublik zu verwerten. Eine besondere Achtung der starken Kräfte der Heimatliebe und Tradition fordert auch das Bonner Grundgesetz, wenn es in seinem

einem solchen Anstehen würde man nur mit Kopfschütteln begegnen, weil man dort weiß, was Demokratie und Föderalismus ist. In Deutschland fehlt uns leider die entsprechende Entwicklung; unserem Volke sind die demokratischen Spielregeln daher viel weniger geläufig, als der bisher übliche zentralistische Befehlsempfang, für den der Deutsche so viel übrig hat.

Baden eine gewachsene Lebensgemeinschaft

Wenn man einwendet, daß auch im Südweststaat die Badener und Württemberger mit der Zeit sich zusammenleben können, so ist dem entgegen zu halten, daß wir leider nicht in einer ruhigen Epoche leben, die für solche Experimente geeignet ist. Wir haben noch immer ringsum Trümmer, geistiger und materieller Art, und können uns keinen überflüssigen Abbau wertvoller Reste erlauben. Deshalb muß bei jeder „Flurbereinigung“ so viel als möglich von den geretteten Gütern erhalten werden. Dazu gehört auch die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg, hier die Tradition in Politik, Wirtschaft und Zusammengehörigkeit ein unersetzliches Bindemittel für die Bevölkerung bildet, um die ins Wanken und Stürzen geratenen Mauern ihrer staatlichen Behausung teils zu festigen, teils aufzurichten. Die alten Länder Baden und Württemberg sind mit Bayern zusammen die Pfeiler, die Demokratie und der Föderalismus im Süden — besonders wichtig, weil sie in Generationen gewachsene Lebensgemeinschaften sind, die

Gerade deshalb sollte aber alles vermieden werden, was die wenigen Reste von selbstbewusster Tradition und lebendig gewachsener Gemeinschaft verschüttet, wie es jetzt durch die Auslöschung der alten Länder Baden und Württemberg beabsichtigt wird.

nicht so leicht einem nach Macht strebenden Zentralismus zum Opfer fallen, wie die künstlich geschaffenen Mitgliedstaaten, für die ihre Bevölkerung noch kein echtes Lebensgefühl besitzt. Der zentralistische Geist ist in Deutschland wieder sehr erwacht. Was daraus werden kann, haben wir von 1918 bis 1945 schmerzhaft durchmachen müssen. Eine ähnliche Wiederholung zu verhindern, können vor allem die Länder bewirken, deren Lebensgemeinschaft dank einer Wirksamkeit von Tradition und Dauer weniger anfällig ist für antidemokratische Reaktion und Totalitarismus.

In meinen Erwägungen habe ich die Parteipolitik ausgeschaltet, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Neugliederung der Länder nur dann erfolgreich sein kann, wenn die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Gründe den Ausschlag geben. Parteipolitische Gewinnabsichten wären nicht geeignet, bei der Durchführung der Länderreform einen fruchtbaren politischen Boden für eine dauerhafte demokratische Staatsbildung zu schaffen.

Beste Lösung: Wiederherstellung der alten Länder

Es gäbe noch viele Gründe aufzuzählen, die für die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg sprechen, aber es würde zu weit führen und den Rahmen eines Briefes erheblich überschreiten. Nur darauf möchte ich bitten, noch hinweisen zu dürfen, daß das ganze Problem erst im Zusammenhang mit militärischen Gesichtspunkten der Besatzung aktuell wurde und diesen Umfang angenommen hat. Die von mir kurz berührten Gesichtspunkte dürften bereits zur Genüge beweisen, daß ein Südweststaat nichts, aber auch gar nichts an Vorteilen bringen kann, die nicht auch ohne ihn gerade so gut, wenn nicht sogar viel besser verwirklicht werden könnten. Die beste Lösung wäre wohl gewesen, Baden und Württemberg ohne weiteres wiederherzustellen und dann erst, wenn die viel vordringlicheren Fragen der Innen- und Außenpolitik der

Bundesrepublik eine Klärung und teilweise Lösung erfahren hätten und damit die Bundesrepublik weiter gefestigt gewesen wäre, an das Problem einer Neugliederung heranzutreten. Der jetzige Zeitpunkt ist dafür denkbar ungeeignet; unser Volk ist von der Flut politischer Ereignisse aufgewühlt und schwankend, es fehlt jegliche Ruhe zu besonnener Überlegung, die bei einer Volksabstimmung über eine Länderreform unbedingt erforderlich wäre. Die Ereignisse sind aber leider bereits derart im Fluß, daß ein Aufhalten kaum mehr möglich ist und der Kampf eben ausgefochten werden muß.

Ich hoffe, mit den vorstehenden Ausführungen Ihre Fragen, wenn auch in gedrängter Form, beantwortet zu haben.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung verbleibe ich, hochverehrter Herr Landesbischof,

Ihr sehr ergebener

(gez.) Wohleb

Betrug am Frankenland

Schändliche Benachteiligung — Was sagen die Propagandachefs Schwan und Schmerbeck?

Die Bundesregierung stellt den Stadt- und Landkreisen mit einer über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit (8,3 Prozent) besondere Finanzmittel zur Durchführung von Notstandsmaßnahmen zur Verfügung. Auch Württemberg-Baden wird für diesen Zweck schätzungsweise 10 Millionen DM erhalten, die bestimmungsgemäß nur den Kreisen mit einer Arbeitslosenziffer von mehr als 8,3% zufließen dürfen. Im Lande Württemberg-Baden sind diese Voraussetzungen nur in den sog. Förderbezirken (Landkreise Tauberbischofsheim, Buchen, Mosbach, Sinsheim und Heidelberg) gegeben. Man müßte also annehmen, es könne gar keinen Zweifel darüber geben, daß die Bundesmittel entsprechend ihrer Zweckbestimmung ausschließlich den badischen Förderbezirken zugute kommen dürfen.

Die Stuttgarter Ministerialbürokratie ist aber anderer Meinung. Die Vertreter des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums in Stuttgart haben sich auf einer kürzlich durchgeführten Besprechung eindeutig dafür ausgesprochen, daß die Zuwendungen des Bundes entgegen den klaren Richtlinien der Bundesregie-

rung vorwiegend (Verhältnis 60 zu 40) den württembergischen Kreisen zugute kommen sollen. Es ist uns zuverlässig bekannt, daß die auch von den anderen Stuttgarter Ministerien aufgestellten und mit den erwähnten Bundesmitteln finanzierten Programme ebenfalls eine namhafte Berücksichtigung der württembergischen Kreise vorsehen.

Angesichts dieser schändlichen Benachteiligung unseres badischen Frankenlandes um mehrere Millionen DM durch die beamteten Einpelt-scher des Südweststaatsrummels fragen wir, was man von den Versicherungen, dem notleidenden Frankenland solle tatkräftig geholfen werden, zu halten hat. Wir fragen insbesondere den Herrn Landesbezirkspräsidenten Dr. Unser und seine landrätlichen Propagandamänner Schwan in Tauberbischofsheim und Schmerbeck in Buchen, was sie getan haben und noch zu tun gedenken, um dieses schreiende Unrecht am Frankenland zu verhindern.

Moral: Auch die Belange des badischen Frankenlandes können nur durch ein vom See bis zum Main geeintes Land Baden wirksam und gegen die brutale Eigensüchtigkeit Stuttgarter Herkunft verteidigt werden!

Die Vernunft-Heirat



Ach was — Liebe, Herz und Gefühl ...



Alles dummes Zeug — nur Vernunft ...



Dein Geld ist mein Geld ...



Und ich bin der Herr im Haus II

Will das Bodenseegebiet seine Zukunftschance preisgeben?

Die Vorteile von Konstanz in Gesamtbaden — Badens Pläne für das Hochrheingebiet

Wenn es einer Bestätigung bedarf, daß innerdeutsche Verwaltungsgrenzen keine Hemmung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes darstellen, dann liefert das Bodenseegebiet den Beweis dafür. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit nahm hier an der württemberg-badischen Staatsgrenze keinen Anstoß. Der Fremdenverkehrsstrom geht herüber und hinüber, badische Arbeiter arbeiten in württembergischen Betrieben und Württemberger in badischen. Wirtschaft und Fremdenverkehr entwickelten sich gemeinsam und kein Mensch dachte sich etwas dabei, daß die Fabrik, in der er arbeitete, eine württembergische war, weil sie eben zufällig in Friedrichshafen lag. Es kam allerdings öfters vor, daß ein badischer Handwerker oder Kaufmann, der sich um einen Auftrag in einer nahe gelegenen württembergischen Gemeinde bewarb, den Auftrag nicht erhielt, trotzdem er preislich günstig lag, nur weil er eben ein badischer Unternehmer war. Umgekehrt jedoch faßten die württembergischen Unternehmer in den badischen Gebieten überall Fuß, wogegen nichts einzuwenden ist.

Die Druckmittel der Südweststaatter

Alles dies wurde anders, d. h. die Grenze wurde sichtbar, nachdem vor 3 Jahren die Südweststaatterfrage festere Formen annahm. Wenn man die Bevölkerung in den badischen Grenzgebieten danach fragt, warum sie bei der vergangenen informatorischen Volksbefragung mit großer Mehrheit für den Südweststaat stimmte, so bekommt man ausnahmslos die Antwort, daß man wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen müsse, wenn man nicht für den Südweststaat eintrete. Den badischen Arbeitern, die in Friedrichshafen und anderen württembergischen Gemeinden zur Arbeit gehen, wurde vor der letzten Volksbefragung gesagt, daß sie ihre Arbeitsstelle verlieren würden, falls der Südweststaat nicht zustande käme. Die Fremdenverkehrsbetriebe im ganzen badischen Bodenseegebiet, die sehr stark von Württembergern besucht werden, haben ebenfalls Bedenken, daß die württembergischen Gäste ausbleiben würden, wenn man den Südweststaat ablehne. Es wurde also in erster Linie mit dem Druckmittel der Existenzbedrohung gearbeitet, und die Wirkung blieb begreiflicherweise nicht aus.

Konstanz verliert durch Südweststaat an Bedeutung

Wie werden sich die Dinge im badischen Seekreis nach der Länderneuordnung entwickeln? Kommt der Südweststaat zustande, so werden die badischen Arbeiter in gleicher Weise und in gleicher Anzahl wie bisher in württembergischen Betrieben arbeiten und umgekehrt. Kein Betrieb in Württemberg wird etwa aus lauter Begeisterung, daß nun Baden mit Württemberg vereint ist, mehr badische Arbeiter einstellen wie bisher. Es werden genau so viele Arbeiter in württembergischen Betrieben beschäftigt werden wie die Betriebe entsprechend ihres Auftragsbestandes beschäftigen können. Kein Unternehmer wird aus politischen Erwägungen und aus einer Gefühlsregung heraus mehr Arbeiter einstellen als wie er gemäß seiner Kapazität und seines Auftragsbestandes beschäftigen kann. Ob nun eine Verwaltungsgrenze zwischen dem Sitz seines Unternehmens und dem Wohnsitz des Arbeiters besteht, muß ihm völlig gleichgültig sein. Er kann, falls er an dieser Landesverwaltungs-grenze Anstoß nimmt, seine Arbeiterschaft nicht etwa aus innerschwäbischen Gebieten, aus Ulm oder Tübingen, herantransportieren, sondern er wird selbstverständlich nach wie vor auf die Bevölkerung zurückgreifen, die in der Nähe seines Betriebes wohnhaft ist. Für die Masse der sog. Pendler bleibt die Situation also gleich, ob ein Südweststaat kommt oder ob der badische Staat bestehen bleibt.

Ein Blick auf die Karte läßt erkennen, daß die verwaltungsmäßige Einteilung des Gebietes sehr zerklüftet ist. Es gibt württembergische Enklaven im Badischen und badische im württembergischen Gebiet. Die Befürworter des Südweststaates weisen nun immer darauf hin, daß diese Zustände ungünstig seien und daß die betreffenden Gebiete eine Änderung des Zustandes herbeiführen. Tatsache ist jedoch, daß die badischen Enklavengemeinden im württembergischen Grenzgebiet recht gerne bei der badischen Verwaltung bleiben möchten und Tatsache ist auch, daß Württemberg z. B. nicht daran denkt, den Hohentwiel, der doch weit im Innern des badischen Gebietes liegt, an Baden abzutreten. Kommt nun der Südweststaat zustande, so glaubt man diese Dinge automatisch bereinigt zu haben.

Interessant ist dabei allerdings, daß sich die württembergischen und die badischen Südweststaatter im Seekreis die neue Verwaltungseinteilung jeweils auf ihre Weise vorstellen und die beiden Konzeptionen weit

davon entfernt sind, miteinander übereinzustimmen. Die Südweststaatter in Konstanz und Singen träumen davon, eine eigene Landesbezirksdirektion mit dem Sitz in Konstanz zu erhalten. Sie gehen von der idealen Vorstellung aus, daß die Bodensee-

gebiete und das Hinterland bis Ravensburg, Sigmaringen und Ulm ein einheitliches Gebiet darstellen, das sehr gut von der Bodenseehauptstadt Konstanz aus verwaltet werden könnte. Man kann den Herren diesen Traum nicht übelnehmen, ihr Plan ist be-

stehend, nur machen sie ihre Rechnung ohne den Wirt. Auch Sigmaringen, Ravensburg und Friedrichshafen haben eine ganz bestimmte Vorstellung über das, was ihnen ein Südweststaat einbringen könnte. Sigmaringen war immerhin lange Zeit die Landeshauptstadt von Hohenzollern, das nun in Zukunft nicht mehr existieren wird. Sigmaringen will in einem Südweststaat wieder ein Verwaltungszentrum werden. Wenn aus diesem Gebiet schon ein eigener Landesbezirk gebildet wird, dann dürfte Sigmaringen dabei mehr Chancen haben, Hauptstadt dieses Bezirks zu werden als Konstanz. Denn auf diese Weise könnte Württemberg die noch sehr widerstrebenden Hohenzollern auf bequeme Weise befrieden.

Aber auch Ravensburg wittert bereits Morgenluft, und die Pläne sind kein Geheimnis, daß Ravensburg sich einige sehr bedeutsame Behörden, die heute noch in Konstanz beheimatet sind, sichern will. So das Eisenbahnbetriebsamt, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer. Friedrichshafen streckt die Fühler nach dem Verkehrsamt aus. Wer wird angesichts der zahlenmäßigen Überlegenheit der Württemberger es verhindern können, daß diese Ämter aus Konstanz in die württembergischen Städte verlegt werden? Konstanz wird, dies zeigt sich immer deutlicher, in einem Südweststaat nur noch die Bedeutung einer guten Fremden- und Museumstadt behalten.

Die Rolle Konstanz' ist jedoch im badischen Staatsverband von vornherein gesichert. Der wiederhergestellte badische Staat wird seine Verwaltung stark dezentralisieren. Aus Gründen der Vereinfachung und der praktischen Durchgliederung wird das Land in Landeskommisariate eingeteilt werden, wobei Konstanz Sitz des Landeskommisariates für das Bodenseegebiet werden wird. Dieses Landeskommisariat wird alle Exekutivaufgaben, die nicht notwendigerweise von der klein gehaltenen Landesregierung erledigt werden müssen, in eigener Zuständigkeit lösen. Konstanz wird die verwaltungsmäßige Hauptstadt aller südostbadischen Landkreise werden.

Die große wirtschaftliche Zukunftschance der badischen Bodenseegebiete

Die große wirtschaftliche Zukunftschance der badischen Bodenseegebiete liegt aber in erster Linie in der Schiffbarmachung des Hochrheins. Es ist schon so oft nachgewiesen worden, daß es hier nicht noch einmal erneut belegt werden muß, daß unter den südwestdeutschen Wasserstraßenprojekten das Hochrheinprojekt die weitest- und größte Chance hat, verwirklicht zu werden. Es ist bekannt, daß der Stuttgarter Strombauingenieur Dr. Konz für die württembergische Regierung einen fertigen Plan zum Ausbau des Neckars bis Plochingen, von dort ein Schiffschleusenkanal bis Ulm, Ausbau der oberen Donau und eines Kanals von Ulm bis zum Bodensee bei Friedrichshafen ausgearbeitet hat. Soweit es den Neckar betrifft, schreitet die Verwirklichung dieses Plans rasch vorwärts. Obwohl die Kanalverbindung Bodensee—Donau und Donau—Neckar mehr als das Zehnfache der Kosten verursacht, die der Ausbau des Hochrheins als Schiffschleusenstraße erfordern würde, ist nicht damit zu rechnen, daß Württemberg auf das Projekt, das seinem Wirtschaftsgebiet einen ungeheuren Auftrieb geben würde, zugunsten des Hochrheinbaus verzichtet wird. Es wird in einem Südweststaat die Frage zu entscheiden sein, welchem Projekt die Priorität zukommen soll.

Für Baden ist die Entscheidung schon längst gefallen. Ein badischer Staat wird seine ganze Kraft auf die Verwirklichung des Hochrheinprojektes legen, und da die finanziellen Mittel gemeinsam von Baden und der Schweiz aufgebracht werden können, liegt dies durchaus im Bereich des Möglichen. Für das badische Bodenseegebiet brächte der Anschluß an das große mitteleuropäische Rheinschiffahrts-System einen wirtschaftlichen Aufschwung größten Ausmaßes. Für dieses Gebiet, vornehmlich aber für die Stadt Konstanz, ist die Zugehörigkeit zu einem selbstständigen badischen Staatsverband, dessen wirtschaftliche Zukunftspläne sich mit den ureigensten Interessen des Bodenseegebietes decken, ein Anliegen erster Ordnung. Dieses Gebiet entscheidet bei der kommenden Volksabstimmung daher über das eigene wirtschaftliche Zukunftschicksal.

Herausgeber: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener u. V. Karlsruhe, Kaiserstr. 54, Telefon 8448.
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Friedrich Weber, Karlsruhe.
Druck: G. Braun & Co. K. H. Karlsruhe.



„Ein Staatsvieh - badischer Nachbar - ich tät einschlage ohne umzugucken!“

Anonyme Südweststaat-Propagandisten

Die schmutzigsten Methoden sind den Südweststaatlern gut genug

Schreiber von anonymen Briefen werden allgemein verachtet, und das mit Recht! Besonders verachtet werden anonyme Briefschreiber dann, wenn ihre Schreibereien verleumderischen oder sonst unsauberen Zwecken dienen sollen. Die höchste Verachtung aber muß Menschen treffen, die der Öffentlichkeit äußerst anfechtbare Broschüren vorlegen und dabei ihren Namen verschweigen. Das ist der Gipfel der Schamlosigkeit!

Was ist nun geschehen? Vor einigen Tagen verschickte der Vorwerk-Verlag in Darmstadt eine Broschüre. Sie enthält 80 Druckseiten und trägt den Titel „Baden von 1945 bis 1951“ und dazu den verdächtigen Untertitel „Was nicht in der Zeitung steht!“ Der Verfasser wird schamhaft verschwiegen!

Weshalb ist klar: Aus purer Feigheit! Er hat nicht den Mut, sich zu seiner Schreibe zu bekennen. Aber es ist nicht zu verkennen: Das Schmutzwerk soll dem Südweststaat dienen. Und wir müssen annehmen, daß hinter der Herausgabe, die sicher viel Geld kostet, die „Vereinigung Südwest“ steckt. Das ganze Machwerk ist äußerst übel. Es strotzt geradezu von sachlichen Unrichtigkeiten und ist überfüllt von persönlichen Verunglimpfungen gegen die Freunde Badens, insbesondere gegen die Herren Wohleb und Dr. Zürcher, ohne daß diesen etwas Unehrenhaftes nachgesagt werden kann. Wir weisen diese anonymen Angriffe und Beleidigungen in aller Schärfe zurück. Wir waren in Baden bisher einen solchen Kampf nicht gewöhnt. Er ist unsäglich, er ist persönlich und unwürdig, und dies im höchsten Grade! Was da zum Besten gegeben wird, das sind in der Hauptsache zusammengewürbelte Boshelten und Verdächtigungen. Dabei müssen wir leider annehmen, daß als Drahtzieher hinter diesem wohlüberlegten politischen Betrugsversuch führende Männer der Südweststaatter in Baden und Württemberg stehen. Wenn es so wäre, und der Verdacht liegt sehr nahe, dann wäre dies tief traurig. Dabei muß der weitere Verdacht aufkommen, daß an verschiedenen Stellen in der Nähe der Angegriffenen ganz böse Brunnenvergifter und Zwischenträger sitzen, die irgendwie für sich etwas im Trüben fischen wollen. Diese traurigen Gestalten verdienen ein kräftiges „Pfui!“

Und nun fragen wir in aller Form die Herren Dr. Gebh. Müller, Rich. Freudenberg und F. X. Schmebeck: „Was sagen Sie, meine Herren, zu dieser Broschüre und zu dieser häßlichen Verschärfung des Abstimmungskampfes? Können Sie beweisen, daß die „Vereinigung Südwest“ mit diesem Schandwerk aus dem Vorwerk-Verlag nichts zu tun hat? Und sind Sie bereit, von dem Verfasser abzurücken, der sich scheut, seinen Namen zu nennen, weil er die Verantwortung für seine Schmähschrift sich nicht zu tragen getraut?“

Wir Badener haben keinen Grund, von unseren Freunden irgendwie Abstand zu nehmen. Im Gegenteil! Wir haben allen Grund und tun dies gerne, um so treuer hinter sie zu treten. Und wir werden um so strammer und nachdrücklicher für unsere badische Sache wirken. Wir hoffen dabei, daß es uns gelingt, den traurigen Verfasser und seine bösen und verräterischen Helfershelfer herauszufinden. Solche Feiglinge und Schmutzfinken müssen öffentlich an den Pranger gestellt werden.

Wie traurig aber muß es um eine Sache stehen, die sich solcher Gestalten und derartiger Mittel bedient!?

Wie ist das mit dem „Franzosen-schreck“?

Jahre hindurch haben die Südweststaatter, zum Teil gegen besseres Wissen, den Franzosen-schreck für uns Badener an die Wand gemalt. Sie wollten damit bei der Volksabstimmung für den Südweststaat politische Geschäfte machen, und zwar auch noch in einer Zeit, als alle Gefahren schon längst aus dem Weg geräumt waren. Wir haben auch Minister aus Stuttgart mehrfach bei diesem recht üblen Handwerk ertappt. Auf Wunsch können Namen genannt werden.

Nun ist es ruhig geworden! Auch der dümmste Südweststaat-Agitator merkt, daß er mit dieser Drohung niemand mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann. Mit diesem Schwindel ist es aus. Jeder Schwindel findet einmal ein Ende. Wir Badener aber haben es nicht vergessen, wie man auch damit unser braves Volk hinter Licht zu führen versuchte. Und wir werden auch dafür die Quittung ausstellen.